

# ZWISCHENRUF

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 86

05. NOVEMBER 2011



Liebe Leserin, lieber Leser,

in Bautzen diskutiert die sächsische LINKE Sozialpolitische Leitlinien. Ich aber werde in Moskau auf dem Kongreß des Allrussischen Behindertenverbandes (VOI) über Menschenrechte und Teilhabeermöglichung reden. Internationaler Erfahrungsaustausch über die Handhabung der UN-Behindertenrechtskonvention ist nicht weniger wichtig als die Konkretisierung des in Erfurt beschlossenen Programms der LINKEN.

Über die Ausgestaltung des neuen Parteiprogramms verständigten sich in Münster behindertenpolitische Sprecherinnen und Sprecher linker Landtagsfraktionen und des Sprecherrats der BAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“. Ein Gesetz zur Teilhabesicherung wird angestrebt.

Eine Woche mit wichtigen Gedenktagen liegt vor uns: Der 4. November erinnert an die große Demo 1989 auf dem Berliner Alex. Am 7. November jährt sich die Oktoberrevolution. Der 9. November ist mehrfach „besetzt“.

Ich wünsche Ihnen/Euch für jeden dieser Tage:  
Gutes Gelingen!

Euer/Ihr

## Zugänglich, nutzbar und genießbar!

Behindertenpolitische Akteure der LINKEN aus Bundestag, Landtagen, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik trafen sich in Münster zu einer Klausur über die weiteren Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Sie wollten über Inklusion, Teilhabe und Barrierefreiheit nicht nur reden, sondern diese auch praktisch erlebbar machen. Gastredner dazu war der Münsteraner Experte für Stadt- und Regionalentwicklung sowie Design für Alle, Peter Neumann. Nach einem kenntnisreichen Vortrag brach die gesamte Gruppe in die Innenstadt von Münster auf. Nicht fehlen durfte der Besuch des Prinzipalmarktes, der dieser Tage wegen des Antrags UNESCO Weltkulturerbe zu werden, in aller Munde ist. Größere Chancen hätte Münster vielleicht damit, sich als wirklich barrierefreie Stadt bekannt zu machen, die wie die UN-Konvention anstrebt, allen Menschen Zugang und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Peter Neumann erläuterte, welche Schritte Münster auf diesem Weg bislang unternahm. Neben vielen gelungenen Beispielen wurde aber auch erkennbar, dass noch nicht konsequent eine Stadtentwicklung und -ausgestaltung betrieben wird, die allen Menschen mit Lebenserschweren einen leichten und selbstverständlichen Zugang überall und jederzeit in der Stadt ermöglicht.



Foto: M. Werner - rechts: Peter Neumann

M. Werner

[www.ilja-seifert.de](http://www.ilja-seifert.de)

## TERMINE MIT ILJA SEIFERT

**09.11. 11 - 13 Uhr**  
**Präsentation der**  
**Internetseite**  
[www.gedenkort-T4.eu](http://www.gedenkort-T4.eu)

Doku-Zentrum  
„Topographie des  
Terrors“,  
Niederkichnerstr.8,  
10963 Berlin

**09.11. 14 - 21 Uhr**  
**Großveranstaltung**  
**d. Gesamtschwer-**  
**behindertenvertre-**  
**ter der Deutschen**  
**Bahn AG**

Otto-Braun-Str.90,  
Berlin

**10./11.11. 2011**  
**Fachkongress „In**  
**der Gesellschaft“**  
der Bundesvereini-  
gung Lebenshilfe  
Stauffenbergstr. 26,  
Berlin

**12. November**  
**Kreisparteitag DIE**  
**LINKE Sächsische**  
Schweiz-  
Osterzgebirge

**14.11. 13 -19 Uhr**  
**Touristische Fach-**  
**tagung der Links-**  
**fraktion Thüringen**  
Eisfelder Str. 25,  
Neuhaus am Renn-  
weg

**21.11. 18 - 21 Uhr**  
**1. Deutsches Fo-**  
**rum Mobilität für**  
**Menschen mit Be-**  
**hinderung, Berlin**

[mehr:](#)

## Politik ist Sozialpolitik!

...und als solche mehrheitsfeindlich oder demokratiefördernd. Linkes Leitbild kann nur der demokratische Sozialstaat sein. Dieser Gedanke prägt die Sozialpolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE in Sachsen. Sie tritt ein für „Antworten auf solch brennende Herausforderungen wie den demografischen Wandel, die Garantie von Teilhabemöglichkeiten für alle, die Bewahrung und Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme, die Abwendung von Armutsrisiken, die Gewährleistung eines würdevollen Lebens im Alter und eines guten Starts ins Leben für Kinder und Jugendliche oder die Herstellung von wirklicher Geschlechtergerechtigkeit“.

Überdurchschnittlich privatisiert, überdurchschnittlich arm, überdurchschnittlich aussondernd – das ist Sachsen 2011. Der Ausweg: „die für wirkliche Demokratie notwendige gesellschaftliche Teilhabe aller“. Es geht um mehr als soziale Sicherheit – sozial sichernde politische Entscheidungen entstehen nur demokratisch, und es gibt keine Demokratie ohne gesellschaftliche Teilhabe. Selbstbestimmtes Leben fördern heißt: Das Soziale ist kein einzelner Ministerialbereich, Menschen sind keine sozialen Versorgungsfälle. Schon gar nicht ist Soziales „Lückenbüßer verfehlter Wirtschafts-, Arbeits-, Infrastruktur- und



Bildungspolitik!“ Soziale Leistungen sind nach den Leitlinien einkommensunabhängig zu gewähren. Auch vermögensunabhängig? Das wird die Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen entscheiden. Behinderteninitiativen fordern dies sehr wohl. Allein, weil ich Mensch bin, stelle ich (m)einen sozialen Anspruch und bringe mich ein. Deshalb müssen die Leitlinien auch nicht von „weitgehend“

selbstbestimmter Lebensführung von Menschen mit Behinderungen sprechen. Barrierefreiheit – eines der Leitziele der UN-Behindertenrechtskonvention – wird für alle gesellschaftlichen Bereiche, auch für die Geschäftsstellen der Partei DIE LINKE (!) gefordert. Das ist konsequent. Barrieren sind undemokratisch: zugänglich, nutzbar und genießbar müssen alle gesellschaftlichen Möglichkeiten sein. Inkonsequent scheinen die Leitlinien nur in einer Frage: Warum sprechen sie von Inklusion allein im Abschnitt Bildung? Dieses dritte Leitwort der UN-Behindertenrechtskonvention, das gegenwärtig so viel mißbraucht wird, gehört zum demokratischen Sozialstaat. Inklusion schließt Diskriminierung aus, gleicht Teilhabe behindernde Nachteile aus und vollendet sich im selbstverständlichen solidarischen Miteinander. Vielleicht wird der Sächsische Landesparteitag einen behindertenpolitischen Landesaktionsplan in diesem Sinne fordern.

S. Kemnitz

## Kein Gedenken ohne Wissen

Der Kultur- und Medienausschuss des Bundestages entschied über einen Antrag zum „Gedenkort für die Opfer der NS-„Euthanasie“- Morde ([17/5493](#)) der Fraktionen CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die sogenannte Aktion T4 führten die Nationalsozialisten von Januar 1940 bis August 1941 in der Berliner Tiergartenstraße 4 durch, nach der die Aktion benannt wurde und bei der „in sechs eigens eingerichteten



Gasmordanstalten mehr als 70 000 Psychatriepatienten und –patientinnen – systematisch und zentral geplant – ermordet wurden“, informiert der Antrag. Die Gedenktafel in der Tiergartenstraße 4 müsse „aufgewertet“ werden. Im nahegelegenen Informationszentrum „Topographie des Terrors“ solle über die Aktion informiert und aufgeklärt werden. Die Linksfraktion hingegen fordert in einem Änderungsantrag -17(22)74- ein Informationszentrum direkt in der Tiergartenstraße 4. Ein künstlicher Widerspruch, wie Abgeordnete der GRÜNEN meinen? Nein, notwendig, um dort Nach-zu-Denken, wo das Verbrechen geschah und wissentlich Ge-Denken zu können. Informieren und aufklären kann und muß man an beiden Orten. T4 ist wohl ein Teil der Topografie des Naziterrors, aber als dieser auch ein besonders menschenverachtendes Verbrechen. „Es hält uns vor Augen, wohin Selektion führen kann“ so Ilja Seifert. Am 10. November steht der Gedenkort auf der Tagesordnung des Bundestages.

SoKe

[www.ilja-seifert.de](http://www.ilja-seifert.de)

## In Kürze

In der **Fragestunde des Bundestages** am 19. Oktober griff Ilja Seifert die Positionen der Monitoringstelle beim Institut für Menschenrechte zu **Wahlrechtseinschränkungen für Menschen mit Behinderungen** auf. [Frage und Antwort](#) hier.

\*

Die Bundesregierung muss auf eine **Kleine Anfrage der Linksfraktion ([17/6895](#)) zu Persönlichen Budgets** zu geben, dass ihr darüber immer noch konkrete Zahlen fehlen. Trotzdem sieht sie keinen gesetzlichen Handlungsbedarf. Insbesondere die von Betroffenen als problematisch erklärte gesetzliche Regelung zur Budgetassistenz sei eindeutig.

\*

[NDR-Sendung „Behinderte behindern den Bundestag“.](#)

\*

**Europa ist größer als die EU.**

Das meinten Vertreter von sechs postsowjetischen Staaten auf einer Konferenz ihrer „Union der Vereinigungen behinderter Menschen“. Die Strahlkraft der UN-Behindertenrechtskonvention zeigt auch der Verbandstag des **Russischen Behindertenverbandes** in Moskau. [Die Rede von Ilja Seifert:](#)

\*

Die Initiative **"Anwälte gegen Hartz IV"** berichtet, dass SGB II - Bezieher per Androhung von Kürzungen in Behindertenwerkstätten eingewiesen werden.

[mehr:](#)

## Impressum/Kontakt

Büro Dr. Ilja Seifert, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 22772176  
E-Mail: [ilja.seifert@bundestag.de](mailto:ilja.seifert@bundestag.de)

Wahlkreisbüro:  
Schulstr. 8  
02826 Görlitz  
Tel.: 03581 661050  
E-Mail: [ilja.seifert@wk.bundestag.de](mailto:ilja.seifert@wk.bundestag.de)

Redaktionschluss: 04.11. 2011  
Redaktion: S. Kemnitz